

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

10 (7.7.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirksleitung Baden

Jahrgang 1, Nr. 10

Mannheim, den 7. Juli 1946

Preis 10 Pfg.

Bürgermeisterwahlen in Mannheim

In wenigen Tagen werden die Stadträte die Bürgermeisterwahlen in Mannheim vornehmen.

Nachdrücklicher noch als bei den Stadtratswahlen vom 26. Mai hat die Mannheimer Bevölkerung bei den Wahlen am 30. Juni ihren Willen kundgetan, daß die Lenkung der Geschicke unserer Stadt künftighin bei den Arbeiterparteien, insbesondere bei der Sozialdemokratischen Partei als der absolut stärksten Partei, liegen soll.

Obwohl der neue Stadtrat seit über fünf Wochen gewählt ist, hat er erst dieser Tage einen endgültigen Beschluß darüber gefaßt, wie die künftige Leitung unserer Stadt aussehen soll. Es stehen da durchaus mehrere Möglichkeiten offen.

So hatte der bisherige, durch die amerikanische Militärregierung eingesetzte Oberbürgermeister Braun vorgeschlagen, daß Mannheim künftighin von einem Oberbürgermeister und einem stellvertretenden Bürgermeister in Zusammenarbeit mit einem Ausschuß von mehreren Beiräten geleitet werden soll.

Auf Antrag der Kommunistischen Partei faßte der Stadtrat vor etwa 14 Tagen den einstimmigen Beschluß:

In Mannheim werden ein Oberbürgermeister und drei Bürgermeister gewählt.

Die Kommunistische Partei ließ sich bei diesem Antrag von dem Gedanken leiten:

1. daß nur auf diese Weise der aus dem Wahlergebnis hervorgehende Wille der Bevölkerung auch in der Zusammensetzung der Stadtleitung entsprechend zum Ausdruck kommt;
2. daß möglichst viele leitende Funktionen nicht von normalen Beamten, sondern durch gewählte Beamte ausgeübt werden, die damit nicht nur ihrem Dienstvorstand, sondern in hohem Maß der Bevölkerung verantwortlich sind, von deren Vertrauen sie bei ihrer Arbeit getragen sein müssen;
3. daß nur auf diese Weise die von der Mannheimer Bevölkerung gewollte Arbeitermehrheit den ihr zustehenden überragenden Anteil an der Lenkung der Geschicke unserer Stadt sichern kann. Bei diesem Modus erhält die Sozialdemokratische Partei nicht nur den Oberbürgermeister, sondern im zweiten Wahlgang auch den 1. und den 3. Bürgermeister, während der CDU nur die Stelle des 2. Bürgermeisters zufiele.

Einem Oberbürgermeister und zwei weiteren Bürgermeistern, alle drei getragen von dem Vertrauen der Arbeiterschaft, stünde damit lediglich ein CDU-Bürgermeister gegenüber, eine Stadtleitung, die eine fortschrittliche Politik in unserer Stadt garantieren würde!

Der Sozialdemokratischen Partei, der stärksten Partei in unserer Stadt, wären, allein in Auswertung der ihr zugefallenen Stadtratssitze, drei entscheidende Schlüs-

selstellungen zugefallen, die sie im Interesse der werktätigen Bevölkerung versehen könnte. Darüber hinaus hat die Kommunistische Partei in aller Öffentlichkeit erklärt, daß sie für die drei sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werde, um damit das Schwergewicht aller verfügbaren Arbeiterstimmen auf sie zu vereinigen.

Leider wurde in der Stadtratssitzung vom 3. ds. Mts. dieser ursprüngliche Beschluß umgestoßen und mit den Stimmen der CDU und der SPD beschlossen:

In Mannheim sind ein Oberbürgermeister und zwei Bürgermeister zu wählen.

Die Kommunistische Partei stimmte dagegen und für Aufrechterhaltung des ursprünglichen Beschlusses.

Der neue Modus gewährleistet nicht in gleichem Maße die Vertretung der Inter-

Jetzt gilt es, Mannheim eine fortschrittliche Stadtleitung zu sichern:

Der Oberbürgermeister, ein Sozialdemokrat, wird gewählt mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Der 1. Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, wird gewählt mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten.

Der Rest verbleibt der CDU, die bis heute in Mannheim den Kurs bestimmte...

Wenn die Arbeiterparteien in dieser Frage einig sind — und die Mannheimer Wähler wollen dies —, dann beginnt in Mannheim, geführt von den Arbeiterparteien, mit dem Tag der Bürgermeisterwahl ein neuer fortschrittlicher Kurs!

Arbeitereinheit

**K
SPD
D**

ist der

Tod der Reaktion

essen der werktätigen Bevölkerung von Mannheim.

Der Oberbürgermeister steht nach wie vor der Sozialdemokratischen Partei als der stärksten Partei zu.

Die Kommunistische Partei wird ihre Stimmen jedem von der Sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Sozialdemokraten geben und fordert Vorstand und Mitgliedschaft der SPD auf, diesen zu nennen.

Der zweite Wahlgang gilt der Wahl der beiden Bürgermeister. Auch hier erklärt die Kommunistische Partei eindeutig, daß sie ihre Stimmen den sozialdemokratischen Bürgermeisterkandidaten geben wird. Nach dem Verhältniswahlssystem, das die Reihenfolge der Bürgermeister ermittelt, wird der 1. Bürgermeister ein Sozialdemokrat sein und der 2. Bürgermeister der CDU zufallen.

Den 3. Bürgermeisterposten, der der Sozialdemokratischen Partei zustehen würde, hat die Sozialdemokratie durch ihre Abstimmung über die Anzahl der zu wählenden Bürgermeister aufgegeben und damit den Arbeitereinfluß in der Stadtleitung jetzt schon geschwächt.

Einige Anfragen an verschiedene Mannheimer Behörden

Kennt die Gewerbebehörde einen gewissen Emil Stern, wohnhaft in Mannheim-Feudenheim, Hauptstraße 58c?

Kann die Gewerbebehörde uns und der Mannheimer Bevölkerung sagen, ob der Obengenannte eine gewerbliche Handels-erlaubnis besitzt und was für eine?

Sollte er keine Handels-erlaubnis besitzen, so ist der Gewerbebehörde doch wohl sicher bekannt, daß Stern trotzdem Handel betreibt!

Sein Lager hat er in den Garagen im Hof und in einem kleinen Raum neben dem Hause Hauptstraße 58c. In der Wohnung selbst lagert er seine „Handelsgüter“ natürlich nicht.

Was gedenkt die Gewerbebehörde gegen seine eventuell unerlaubte Handelsbetätigung zu tun?

Ist der Gewerbebehörde bekannt, daß Stern an folgenden Tagen Wein abgeladen hat:

am 24. Mai Wagen WB 41 705
am 29. Mai Wagen WB 44 625
am 7. Juni Wagen WB 44 625
am 24. Juni Wagen WB 44 625
am 1. Juli Wagen WB 44 625

Selbst wenn Stern eine Handlungsgenehmigung hätte, weiß die Gewerbebehörde, wie er zu diesem Wein gekommen ist, an wen er verkauft wurde und zu welchen Preisen?

Weiß die Fahrbereitschaft: Stern war kurze Zeit bei der Polizei und hat aus dieser Zeit ein Motorrad Nr. WB 44 245. Unter welcher Begründung ist dieses Motorrad heute noch zugelassen?

Kann uns die Fahrbereitschaft sagen, wem die oben angeführten Fahrzeuge WB 41 705 und WB 44 625 gehören und mit welcher Genehmigung diese Transporte für Stern durchführen?

Es wäre sehr schön und sehr demokratisch, wenn die betreffenden Behörden uns und der Öffentlichkeit Antwort auf unsere Fragen geben würden.

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erzeugung dieser großen Ausgebüht geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine ideologische Redewendung den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in das Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen

Die grundlegende Voraussetzung der demokratischen Erneuerung unseres Lebens und des Neuaufbaues, ist die Selbstreinigung des deutschen Volkes von Nazismus und Reaktion in jeder Erscheinungsform. Es gilt die Axt an die Wurzel des Übels zu legen und die wahren Schuldigen, entsprechend dem wirklichen Maß ihrer Schuld, zu treffen. Die wahren Schuldigen an unserem Unglück müssen gefaßt werden, das heißt nicht nur jene, die ihre Hände mit Blut bespuckten, sondern auch jene, die ihre Finger sorgfältig vor dem Schmutz des Terrors zu schützen wußten, aber ihre Bankkonten, Geldschränke und Geheimtresors mit den Früchten des Terrors füllten und die die eigentlichen Urheber, Stützen und Dirigenten des Nazi-Terrors waren, die Wirtschaftsführer, die reaktionären Großgrundbesitzer, die reaktionäre Verwaltungsbürokratie. Bei ihnen darf nicht nach dem "Eintrittsdatum", dem "Parteibuch", oder der "Gliederung" gefragt werden, sondern es genügt die wirtschaftliche Macht, die sie in ihren Händen hatten, und die sie in den Dienst des räuberischen Hitlerfaschismus stellten.

Die Kommunisten betrachten die Frage der Entnazifizierung nicht vom Standpunkt der Strafe oder Rache, sondern vom Standpunkt der Sicherung gegen die Gefahr einer neuen reaktionären Entwicklung. Imperialistisches Großkapital, reaktionäre Verwaltungsbürokratie und feudaler Großgrundbesitz sollen nie wieder soviel Macht in ihren Händen vereinigen, um sie zum Unglück des deutschen Volkes auszunutzen zu können.

Was geschieht aber mit den Millionen Mitläufern, den sogenannten nominellen Pj's und ihren Familienangehörigen, mit jenen, die

dem Lügenschwall der Nazis glaubten oder die dem Druck nachgaben, sich aber trotz ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen eine anständige Gesinnung bewahrt haben. Die gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaues eines neuen Lebens, die vor uns stehen, erfordern, daß diese Menschen, obwohl sie sich oft um ihre kleinen Vorteile willen, oft wider besseres Wissen vor der Erkenntnis des verbrecherischen Inhalts des Hitler-Systems verschlossen, Gelegenheit bekommen, nach einer Zeit der Bewährung, wiederum als Glied einer demokratischen Gemeinschaft von vorne anzufangen. Sie haben Schuld auf sich geladen, jedoch, sie sollen nicht in einen Topf geworfen werden mit den großen Verbrechern.

Auch sie sind dem Druck ihres Gewissens nicht gefolgt und haben als Staffage oder durch ihren bloßen Mitgliedsbeitrag geholfen, das Terrorsystem Hitlers und Himmlers aufrecht zu erhalten, jedoch, sie können in einem Prozeß der Bewährung umgeschmolzen werden zu aufbauwilligen Kräften für ein neues demokratisches Deutschland.

Das Feuer muß auf die Großen konzentriert werden, an einflußreicher und entscheidender Stellung muß entnazifiziert werden! Diesmal sollen die Großen hängen, damit dem Kleinen der Weg freigemacht werden kann für seinen Anteil an der Wiedergutmachung und für seine Einreihung in die Front des demokratischen Aufbaus unserer Heimat.

Gegen jede bürokratische und reaktionäre Verfälschung der Säuberung unseres Volkes, gegen eine nur negative Entnazifizierung treten die Kommunisten ein für eine positive Auslese und Reinigung im Interesse des demokratischen Wiederaufbaues.

Was uns an der Mannheimer Polizei nicht gefällt!

Wir dürfen ja jetzt, die amerikanische Militärregierung hat es offen genug ausgesprochen, unsere Meinung über alle Dinge des öffentlichen Lebens ungehindert sagen.

„Demokratie ist Kritik“, sagte ein bedeutender europäischer Staatsmann und Demokrat, und die Demokratie soll doch wohl nicht vor irgend einer Behörde und sei es selbst die Polizei, Halt machen. Wir sagen deshalb offen, was uns an der Mannheimer Polizei nicht gefällt.

In erster Linie gefällt uns nicht, und wir sprechen das nicht zum ersten Male aus, der Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei, Polizeirat Fiebig.

Der Herr Kommandeur Fiebig kommt von weither und man weiß nicht, seit wann er eigentlich „Demokrat“ ist.

Er hört es außerordentlich gerne, wenn er mit Herr Hauptmann angesprochen wird. Da schwillt ihm die militärische Brust und jovial wird sein Ton den Untergebenen gegenüber. Ein breites Goldlamettastück schmückt seit neuestem dezent seinen Kragen. Er sieht sich immer noch im Geiste in „Preußens Gloria“ und schmucker Uniform. Das Monokel trägt er zwar seit einiger Zeit nicht mehr öffentlich, aber er hat es doch für bessere Zeiten vorgesehen.

In nicht allzuferner Vergangenheit war er noch Verwaltungsinspektor fern bei den „eroberten Muschiks“ in Lemberg und Galizien. Er bevorzugte als repräsentative Kleidung weiße Litewka nach Göringschem Muster.

In Lemberg hatte er einen schönen Garten. Er ließ sich eine Blumenrabatte in Form eines Hakenkreuzes anlegen, und sein treuer Begleiter, sein Hund, war ausgezeichnet auf Judenhaß abgerichtet. Oft belustigte er sich damit, ihm einen Knochen hinzuwerfen; rief er dabei gleichzeitig: „Er ist vom Jud“, so

hatte er den Köter wahrhaftig derart nazistisch beeinflusst, daß dieser den Knochen tatsächlich nicht anrührte.

Der Herr Kommandant der Schutzpolizei von Mannheim, Fiebig, gefällt uns nicht! Er gefällt auch der Beamtenschaft nicht, denn Mannheims Polizei hat eine gute demokratische Tradition und fühlt sich mit den Werkträgern verbunden.

Die demokratische Bevölkerung Mannheims will eine Volkspolizei und keine militärische Polizei haben. Wann werden wir so weit sein?

Hamsterfahrt im Odenwald

In einer unserer letzten Nummern brachten wir einen Bericht, wonach in Germersheim bei Tauberbischofsheim der Personenkraftwagen der Firma Kleider- und Wäschefabrik Berk in Mannheim auf einer Hamster- und Schieberfahrt gesichtet wurde. Wie uns die Firma Berk inzwischen aber mitteilt, wurde ihr Fahrzeug verschiedentlich ausgeliehen und es ist möglich, daß hierbei Mißbrauch mit dem Wagen getrieben wurde. An dem fraglichen Tag war der Wagen nicht im Auftrag der Firma Berk unterwegs. Es ist Sache der Kriminalpolizei, ausfindig zu machen, wer an diesem Tag die erwähnte Hamsterfahrt durchgeführt hat und einer strengen Bestrafung zuzuführen. Die Firma Berk selbst, hat, wie uns von verschiedenen Stellen mitgeteilt wird, sich in anerkennenswerter Weise darum bemüht, die Bevölkerung von Mannheim mit Textilwaren zu versorgen und hat allein im letzten halben Jahr soviel an den Einzelhandel in Mannheim geliefert, daß auf jeden Mannheimer zirka für 4-5 RM Textilwaren fallen. Daß die meisten Mannheimer natürlich nichts erhielten, ist, das möchten wir ausdrücklich festhalten, nicht die Schuld der Firma Berk, sondern darüber kann uns vielleicht der Mannheimer Einzelhandel bzw. das Wirtschaftsamt Auskunft geben.

Vom Schuhverkauf

Wer morgens beim ersten Hahnenschrei durch die Straßen Mannheims rennt, um ja der „Erste“ zu sein, der muß bei seiner Ankunft vor dem Schuhgeschäft Salamander in der Breiten Straße mit betrübter Miene feststellen, daß er diese Gelegenheit schon lange verpaßt hat und sich nur noch als sehr spätes Glied an die sich hier gestaute Menschenmasse angliedern kann. Bitte, wer bringt es heutzutage nicht fertig, wegen einem Paar neuer Schuhe die Ruhe einer Nacht zu opfern? — Aber auf die Dauer ist das bestimmt ein unhaltbarer Zustand. Was nützt es, wenn die Mannheimer Polizei mit Motorrad nebst Beiwagen in die aufgeregte Menge fährt, rücksichtslos selbst gegen die Kriegsbeschädigten, die der motorisierten Gewalt nicht so schnell ausweichen können. Wäre es nicht viel besser, wenn man — um diesem Zustand endgültig abzuhelfen — die zur Verfügung stehenden Schuhe an mehrere Geschäfte verteilen würde — es gibt deren doch so unendlich viele in Mannheim, die nichts zu verkaufen haben! Und wäre es des weiteren nicht sehr gut möglich, bei der Verteilung auch den Berufstätigen Gelegenheit zu geben, in den Besitz neuer Schuhe zu kommen? Es ist bestimmt kein allzu großes Problem, diese Fragen zur Zufriedenheit der Bevölkerung zu lösen, und wir fordern unsere Leser auf, ihre Meinung hier zu äußern, sowie Vorschläge zu machen, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Entnazifizierte Reichsbahn?

„Amtsblatt des Landesbezirkes Baden Nr. 10, Seite 232, Erlaß des Landesdirektors für Kultus und Unterricht vom 6. 5. 46 Nr. AI 760“

Nazi-Insigen!

„Die Verwendung von Briefbogen usw. mit aufgedruckten Nazi-Hoheitszeichen, oder mit Aufdruck, aus denen diese Zeichen irgendwie noch ersichtlich sind, ist streng verboten.“

In einem stark beschädigten Gebäude der Reichsbahn fällt einem beim Betreten eines größeren Raumes, der vermutlich den Reichsbahnarbeitern als Speisesaal dient, eine große schwarze Bekanntmachungstafel mit folgenden Kopfbeschriftungen in die Augen:

1. Reichsbund Deutscher Beamten!
2. Deutsche Arbeitsfront!
3. NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude.“

Dazwischen strahlt ein Hakenkreuz, während darunter die neuesten Anschläge von 1946 zu lesen sind.

Wir glauben, die Reichsbahn auf diese Art von dem Zusammenbruch des 1000jährigen Reiches in Kenntnis setzen zu müssen!

WER kann uns erklären WARUM?

Wir noch stets Beitrag zum Reichsnährstand bezahlen müssen?

25 000 SS-Leute aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, aber viele antifaschistische Kriegsgefangene noch auf ihre Entlassung warten?

NEUES DEUTSCHLAND

Zentralorgan der SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Zeitung des schaffenden Volkes!

kann jetzt auch bei uns durch Bestellung beim Verlag per Kreuzband bezogen werden. Preis pro Exemplar und Monat 5.— RM und ist per „Einschreiben“ direkt an den Verlag einzusenden.

Verlag „NEUES DEUTSCHLAND“
BERLIN SW 68 ZIMMERSTRASSE 87/91

Die Kommunisten zur Ernährungslage

In einer Erklärung der Kommunistischen Partei in Baden, Württemberg, Hessen und Bayern heißt es:

Heute liegt die Höhe der Verpflegungssätze um die Hälfte niedriger als nötig wäre, um das Leben auf die Dauer zu erhalten.

Warum sind die von den Kommunisten zur Sicherung des Lebens der Gesamtbevölkerung gemachten Vorschläge ungehört verhallt? Die Methode der schönfärbischen Berichterstattung im größten Teil der Tagespresse weckte in der Bevölkerung unserer Heimat Illusionen, und das Erwachen ist jetzt, angesichts der harten Kürzung der Brotration, um so bitterer. Dabei stehen uns noch bittere Wochen bis zum Anschluß an die nächste Ernte bevor.

Es geht heute um das Leben und die Gesundheit unseres Volkes! Um zu retten, was zu retten ist, schlagen die Kommunisten vor:

1. Unter führender Beteiligung der Bauern, der Gewerkschaften und der antifaschistischen Parteien sind Ernährungsausschüsse in Stadt und Land zu schaffen.
2. Überprüfung aller noch vorhandener Vorräte und Kontrolle der Weiterleitung an die Verbraucher.
3. Bekämpfung des Schwarzhandels.
4. Erfassung und Sicherstellung für die Landwirtschaft aller derjenigen Betriebsmittel, die der Bauer braucht, wie Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Baumaterial, Bekleidung usw.

5. Organisierung von freiwilligen Spenden des Dorfes für die Stadt, um das Äußerste zu verhüten, besonders im Hinblick auf die hungernden Kinder.

6. Verteilt werden muß nach dem Prinzip: Wer arbeitsfähig ist und nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

7. Schluß mit einer Regierungspolitik, die sich darin ergeht, Dekrete und Verfügungen zu erlassen, die deshalb nie zur Durchführung kommen, weil man die Initiative der Massen ausschaltet, weil man sich auf einen Beamtenapparat und Wirtschaftsverbände stützt, die weder fähig noch gewillt sind, mit neuen Methoden das Übel an der Wurzel zu fassen. Deshalb fordert die Kommunistische Partei: Reinigung der Ämter von reaktionären Einflüssen!

8. Das Volk, das heute seine Ernährungsminister fragt: Warum haben wir heute und morgen nichts zu essen, erwartet, daß seiner Selbsthilfe über die bürokratischen Einrichtungen hinweg, unterstützt durch Sonderbevollmächtigte in allen Landkreisen, die Bahn freigemacht wird.

Da das Ausland auch hungert, können wir nicht auf Hilfe vom Ausland rechnen und darauf warten. Helfen wir uns selbst!

Es gilt, unser Volk von Not und Hunger zu retten! Die außergewöhnliche Lage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Sie sind nur durchzuführen bei enger Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Habt Mut! Handel, ehe es zu spät ist! Es geht um die Niederkämpfung des Hungers!

Ernährungslage der Geistlichen

An Pfingst-Sonntag wurde in Süddeutschland von der Kanzel einer katholischen Kirche im Rahmen des Gottesdienstes der Brief eines Bischofs und ehemaligen Staatsrates verlesen. Derselbe brachte darin seine große Besorgnis über den auf die allgemeine Ernährungslage zurückzuführenden schlechten Gesundheitszustand der Geistlichen in den Städten zum Ausdruck.

Der Bischof ersuchte in seinem Briefe deshalb die Geistlichen der Landgemeinden, an die Bauern die Bitte zu richten, freiwillig Lebensmittel für die betreffenden Geistlichen zur Verfügung zu stellen.

So sieht die Ernährungslage der Geistlichen aus!

Wie aber steht es um die Ernährung des werktätigen Volkes?

Westermanns Vergangenheit im Nazireich

Westermann geht heute soweit, daß er auf gemeine Art die Kommunisten beschimpft. Bei einer solchen Gelegenheit mußte ihn das kom. Gemeinderatsmitglied Rehberger darauf aufmerksam machen, daß gerade er, — Westermann — einer der größten Nutznießer der Nazizeit gewesen sei. Westermann hatte durch seinen Seminarfreund und Gauleiter Robert Wagner allerhand Vorteile erreicht, die seine fortwährende Behauptung, er sei ein Opfer der Nazi, geradezu lächerlich machen. So bekam Westermann zum Beispiel durch seinen Duzfreund Gauleiter Wagner nicht nur 80 v. H. Pension und eine hundertprozentige Kriegsrente bewilligt, sondern er konnte seine Kinder alle auf eine höhere Schule schicken. Eine Tochter von ihm wurde sogar mit Nazi-Stipendien Ärztin. Dabei konnte er noch bei vielen Geschäftsleuten als Buchprüfer und Steuerberater arbeiten, so daß er ein noch größeres Einkommen als der seinerzeitige Nazi-Bürgermeister gehabt haben wird. Ganz unerklärlich aber ist es, wie Westermann als angeblich Verfolgter der Nazis die Mittel bekam, um sich in Mannheim ein zweites Haus zu bauen.

Es sind Zeugen vorhanden, die bereits von der amerikanischen Besatzungspolizei vernommen wurden und die beweisen, daß der antifaschistische Bürgermeister Westermann bei seinem Freund und Gauleiter Robert Wagner um Aufnahme in die NSDAP gebeten hat. Jedoch der frühere Nazibürgermeister Odenwälder soll soviel Charakter besessen haben, daß er diese Aufnahme ablehnte. Westermann hat diesen Zeugen gedroht, daß er sie durch einen Freund bei der amerikanischen Militärregierung einsperren und solange festhalten ließe, wie er wolle, wenn sie nicht sofort widerrufen würden. Keiner dieser Zeugen tat dies; im Gegenteil: Westermann, der die Gelegenheit bei der amerikanischen Militärregierung wohl anzeigen mußte, wird von Seiten dieser Behörde eine peinliche Untersuchung über sich ergehen lassen müssen. Trotzdem besitzt Westermann die Frechheit, in der Öffentlichkeit zu verbreiten, der kom. Gemeinderat Rehberger sei von der amerikanischen Militärregierung gezwungen worden, seine Behauptungen zurückzunehmen. Das ist eine Verleumdung und es darf von der Besatzungsbehörde erwartet werden, daß ein solcher Bürgermeister aus seinem Amt entfernt wird. Es kann weder den Parteien, noch der gesamten Bevölkerung von Ziegelhausen zugemutet werden, einen solchen Mann als Repräsentant der Gemeinde an der Spitze ihrer Verwaltung zu wissen.

Wir betonen hier nochmals ausdrücklich, daß unser Kampf nur der Person des Westermann, nicht aber der sozialdemokratischen Bruderpartei gilt. Wir werden jeden anderen Kandidaten der SPD unterstützen, vorausgesetzt, daß er sich für diese Tätigkeit eignet und von einwandfreiem Charakter ist.

Kommun. Partei Deutschlands,
Ortsgruppe Ziegelhausen.

Ist die Bodenreform auch im Westen notwendig?

Die Bodenreform in der Sowjetzone hat dem Nazismus, dem Militarismus und der junkerlichen Reaktion die entscheidendsten wirtschaftlichen Machtmittel entzogen. Die Erträge der Riesengüter der adeligen Großgrundbesitzer lieferten die Mittel, um dieser Schicht die einflussreichsten Posten im diplomatischen Dienst, in der Armee und im Staate zu sichern. Es war dabei ganz gleichgültig, wer zufällig gerade in Deutschland regierte, ob Kaiser Wilhelm, oder Ebert, oder Hitler: keiner von ihnen konnte seine Rechnung ohne die adeligen Großgrundbesitzer machen.

Die Weimarer Verfassung hätte zwar die Möglichkeit für eine Bodenreform geboten, aber bekanntlich spielten in jener demokratischsten aller Republiken, die sogar einem Kaiser und seinen Fürsten noch einen Goldehrensold für treue Dienste zahlte, die Demokraten eine so unbedeutende und die Großgrundbesitzer gleich von Anfang an eine so entscheidende Rolle, daß niemand außer der Kommunistischen Partei es wagte, von einer demokratischen Bodenreform zu reden, geschweige denn, danach zu handeln.

Unsere süddeutschen und badischen Junker sind erschreckt bei dem Gedanken, daß auch bei uns eine Bodenreform durchgeführt werden könnte. Fieberhaft arbeiten sie hinter den Kulissen, um in aller Stille und gut getarnt, die Positionen in den neuen Staatsämtern und verschiedenen Parteien zu beziehen, von denen aus die Bodenreform hintertrieben werden kann. Man gründete Grund- und Waldbesitzerverbände, schloß Freundschaften mit einflussreichen Regierungsmitgliedern und arbeitet neuerdings Statistiken aus, in denen man einerseits nachweist, daß es einen süddeutschen Großgrundbesitz überhaupt nicht gibt, andererseits aber darüber jammert, daß das deutsche

Volk restlos Hungers sterben müßte, wenn die großen Güter verschwinden sollten.

Was ist die Wahrheit über den Großgrundbesitz in Baden? Es ist eine Tatsache, daß im Gegensatz zu anderen Gebieten Deutschlands, ein großer Teil dieses Besitzes nicht als geschlossene Güter bewirtschaftet wird, sondern seit Jahrzehnten und noch länger in vielen Fällen bis zu 80 und 90 Prozent an die Bauern verpachtet ist. Aus den Steuererklärungen ersieht man, daß unsere Herren Großgrundbesitzer in Baden ungeheure Pachtsummen einnehmen, ohne überhaupt einen Finger krumm zu machen. Die einzige Tätigkeit dieser badischen Junker besteht auch heute noch darin, daß sie wie die Spinne im Netz in ihren Schlössern und Herrenhäusern sitzen, die sie unter Denkmalschutz stellen lassen und von den Zinsen des verpachteten Grund und Bodens, vom Schweiß und der Mühe derer, die ihn mit eigener Hand bebauen, leben.

Es ist der erste Schritt zu einer demokratischen Bodenreform bei uns in Baden, wenn das Land, das oft schon Generationen von einer und derselben Bauernfamilie gepachtet und bearbeitet wird, und dessen Wert im Laufe der Jahrzehnte durch die Pacht schon vielfach bezahlt worden ist, auf den Pächter umgeschrieben wird. Grund und Boden, eines der wertvollsten Güter, auf denen sich unser verarmtes Volk eine neue Zukunft bauen kann, darf nicht länger Verdienstoffekt sein und einigen wenigen ein arbeits- und müheloses Leben sichern. Wer durch Generationen bewiesen hat, daß er weder willens noch fähig ist, das Land mit eigener Hand selbst zu bebauen, der soll auch kein Land besitzen:

Auch bei uns im Badener Land:
Junkerland in Bauernhand!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erlangung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige Rede vor den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in das Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Zwei Gefangenenbriefe

Abs. ME 217 727 Soldat Gerhard Herkel,
2775 Indept German P. W. Wrky Coy POW
Postal Section Middle East, Egypt. 30. 5. 46.

Herrn Paul Schreck, Mannheim!
Lieber Paul Schreck! Ich habe vor einiger Zeit aus einer deutschen Tageszeitung — der Rhein-Neckarzeitung, die wir ab und zu bekommen, erfahren, daß Du noch am Leben bist, also die Buchenwalder Jahre überstanden hast. Ich weiß nicht, ob Du Dich noch meiner entsinnst, ich wurde 1943 zum Batt. 999 von Buchenwald aus eingezogen. Ich schreibe Dir jedenfalls aus dem Bewußtsein der Verbundenheit aller Antifaschisten, die die Jahre der gemeinsamen Haft unlösbar machen sollte. Ich bitte Dich, in Deinem Wirkungskreis und bei allen antifaschistischen Organisationen darauf hinzuweisen, daß heute noch, nach mehr als einem Jahre Waffenruhe, viele Hunderte aktive, überzeugte Antifaschisten — Sozialisten wie Kommunisten — die auf 4, 5, 6, 8 und 10 Jahre Haft unter Hitler zurückblicken, als Gefangene gehalten werden. Sie werden gefangengehalten, obwohl die britischen zuständigen Behörden von der politischen Vergangenheit dieser Menschen wohl unterrichtet sind. Die breite Öffentlichkeit muß auf diese Schande für die internationale Moral, von der jetzt so oft die Rede ist, hingewiesen werden, zwar haben sich einige Labour-Abgeordnete, die noch Solidaritätsgefühl und Sinn für politischen Anstand haben, kürzlich für uns im Unterhause eingesetzt. Aber ihre Stimme genügt nicht. Wir drohen in der neuen Flut der internationalen Lügenpropaganda in Vergessenheit zu geraten, oder als unangenehme Verfechter der Wahrheit bewußt vergessen zu werden. Wir haben einen schweren Stand. Der Dienstgrad aus Hitlers Armee bestimmt hier noch Fähigkeit und Einfluß. Alles ist ein Hohn gegenüber den proklamierten Zielen des Krieges gegen Hitler. Fortsetzung folgt. In voller Verbundenheit
Herbert Herkel.

Die Amerikanische Militärregierung hat den von vielen Stellen vorgeschlagenen Austausch der Nationalsozialisten gegen politische Unbelastete, ja sogar antifaschistischen Kriegsgefangenen vorläufig abgelehnt, und zwar aus der Erwägung heraus, daß ein solcher Austausch notwendigerweise in großen

Gruppen stattfinden müsse. Wir glauben, daß dies eine vordringliche Aufgabe der deutschen Behörden sein müßte, die Voraussetzung hierzu zu schaffen indem, im Zuge des Entnazifizierungsgesetzes eine genügende Anzahl von Nazis freigestellt werden, um die unbelasteten und antifaschistischen Kriegsgefangenen abzulösen. Es liegt also nicht an den Besatzungsbehörden, die sich ja grundsätzlich damit einverstanden erklären, sondern lediglich an den entsprechenden deutschen Stellen, welche die Voraussetzung dafür schaffen sollten. Jeder kann also mithelfen, daß unsere Kriegsgefangenen möglichst bald zurückkommen, indem er dafür sorgt, daß wirklich demokratisch antifaschistische Behörden geschaffen werden, die den Grundsätzen der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen und bereit sind, den Willen des Volkes durchzusetzen, das die Rückkehr der Kriegsgefangenen wünscht.

Wie ein modernes Märchen muten die folgenden Auszüge aus einem anderen Gefangenenbrief an, einem Brief aus Dachau, geschrieben von einem ehemaligen SS-Mann. Es heißt darin:

„Seit Juli bin ich hier in Dachau und warte mit Sehnsucht auf meine Entlassung. Aber wie es aussieht, wollen sie wohl die SS überhaupt nicht mehr freilassen. Beim Engländer hat man ja schon große Teile entlassen. Alles andere hält er immer noch. Aber es geht uns gut. Es gibt zu rauchen und zu essen. Ich glaube bestimmt annehmen zu können, daß es draußen Tausende geben wird, die es nicht so gut haben wie wir. Allein wenn ich schon an die Rauchwaren denke. Allein im Monat März erhielten wir 300 Zigaretten und 4½ Päckchen Tabak. Wenn es erlaubt wäre, etwas zu schicken, könnte ich auch Bohnenkaffee und Rauchwaren schicken, aber man darf alles schicken, nur keine amerikanische Verpflegung und Tabakwaren. Doch das nur so nebenbei...“

Diese Zeilen muten derartig phantastisch und unwirklich an, daß sie für Menschen, die durch ehrliche Arbeit leben und auf ihre Markenzuteilung angewiesen sind, keines Kommentars bedürfen. Es erhebt sich nur die Frage: Wie lange noch?

Was geht im Mannheimer Landesgefängnis vor?

Wiederholt haben die Besatzungsmächte und auch die amerikanische Militärregierung erklärt, daß der Strafvollzug grundlegend von allen nazistischen, militaristischen und reaktionären Elementen gesäubert werden muß. Auch im Mannheimer Landesgefängnis haben daraufhin einige Entlassungen stattgefunden. Allerdings — verschiedene sehr bekannte Nazis versehen noch treu und brav ihren Dienst. Man muß ja „Fachkräfte“ haben, sonst könnte der ganze Betrieb darunter leiden. Ausgerechnet die langjährigsten P.g.s sind geblieben, und die anderen hoffen auf ihre baldige Wiedereinstellung. Eine ganze Reihe Mannheimer Facharbeiter mit einwandfreiem Leumund bewarben sich für den Staatsdienst. Sie wurden jedoch abgelehnt und dafür Leute vom Land eingestellt. Zwei Aufseherinnen, die vor einigen Monaten im Zuge der Entnazifizierung entlassen wurden, sind bereits durch den jetzigen Leiter der Anstalt, Herrn Alois Arnold und den Verwaltungsinspektor Kammerer wieder eingestellt worden. Dabei hat die eine dieser Aufseherinnen, Frau Neumann, fünf Dienstjahre, ist also unter Hitler Beamtin geworden und wurde unter Hitler auch zweimal befördert.

Die Hauptwachtmeisterin war in Hagenau im Elsaß tätig, im gleichen Strafgefängnis,

wo sich auch Herr Dir. Arnold erfolgreich längere Zeit um die Prussifizierung des elsässischen Strafvollzugs bemüht hat.

Viel mehr als um die Ausschaltung von Faschisten und von Nazis ist man in dieser Anstalt bemüht, Antifaschisten und gar Kommunisten zu entlassen. So soll eine Oberwachtmeisterin, die schon 20 Dienstjahre hinter sich hat und während des Hitlerregimes nicht befördert wurde, weil sie sehr religiös eingestellt ist, von dem jetzigen Leiter, Herrn Arnold, mit dem Bemerkten abgelehnt worden sein, sie eigne sich nicht.

Auch die Tage einer weiteren Aufseherin, die aus ihrer antifaschistischen Haltung und ihrer Gegnerschaft zu Hitler noch nie ein Hehl gemacht hatte, sollen gezählt sein. Wie wir hören, wurde sie vorläufig beurlaubt und sie wurde zur Entlassung vorgesehen.

Auf einen im Februar in der RNZ erschienenen Artikel hin, der einige Zustände in dieser Strafanstalt anprangerte, waren die Herren sehr nervös und riefen sofort eine Konferenz ein. Der Verdacht fiel auf den Aufseher Faulhaber, und man war sich klar, daß dieser unter allen Umständen aus der Anstalt zu verschwinden habe. Faulhaber hat unter schwierigen Umständen und unter dem wachen und argwöhn-

schen Auge aller Naziaufseher seine Pflicht als Antifaschist getan, und viele ehemals politische Gefangene verdanken ihm sehr viel. Aber Herr Dir. Arnold kann keine Kommunisten im Gefängnis gebrauchen, es sei denn als Gefangene, und so mußte auch Faulhaber dieser Tage unter an den Haaren herbeigezogener Begründung seinen Dienst quittieren.

Wir wollen dem Verfahren, das gegen Faulhaber bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet ist, nicht vorgreifen. Wir wollen auch heute nicht über allerlei Dinge sprechen, die alles andere als eine wirkliche Demokratisierung des Strafvollzugs besagen, wir wollen nur festhalten, es wird sehr oberflächlich gereinigt, zumindest was Nazis anbelangt. Es wird bei Neueinstellungen eine Personalpolitik betrieben, die, gelinde gesagt, äußerst einseitig ist. Konsequenz ist man lediglich in der Ausschaltung von erwiesenen Antifaschisten aus dem Strafvollzug.

Der Strafvollzug ist eine Abteilung des Justizwesens, das nicht unmittelbar im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht. Es kommt ihm deswegen doch nicht eine mindere Bedeutung zu, und die antifaschistisch - demokratische Bevölkerung wird in Zukunft ein wachsames Auge auf die Vorgänge im Strafvollzug haben müssen.

Wohnungsbeschwerden in Neckarau!

Im Stadtteil Neckarau häufen sich die Beschwerden über den Wohnungsvorstand im Rathaus Neckarau, Herrn Christian Nau. Seine Wohnungsvermittlungen sollen danach nicht korrekt sein und außerdem sei er Mitglied der Kommunistischen Partei.

Wir können nicht nachweisen, ob die Vorwürfe, die insbesondere aus den werktätigen Schichten Neckaraus kommen, berechtigt sind. Jedoch müssen wir eines klarstellen und ausdrücklich erklären, Herr Christian Nau ist nicht Mitglied der Kommunistischen Partei. Nach unserer Information gehört er der Sozialdemokratischen Partei an.

Wohnungsbau in Bruchsal?

In den Spalten unseres Blattes haben wir an den Bürgermeister der Stadt Bruchsal, der gleichzeitig Vorsitzender des Wohnungsausschusses ist, die Frage gerichtet: Was er zu tun gedenke, um in einer hochprozentig ausgebombten Stadt, den Wohnungsbau in Angriff zu nehmen. Wir wiesen dabei darauf hin, daß Materialmangel nicht als entscheidendes Argument für die gegenwärtige Untätigkeit auf diesem Gebiet angeführt werden könne, da ja durch den gegenwärtig in Durchführung befindlichen Aufbau eines Kinos erwiesen wurde, daß die Möglichkeit besteht, Material zu beschaffen. Das besagt nicht, daß wir der Ansicht sind, daß die Bruchsaler kein Kino haben sollen, im Gegenteil, gerade Einwohner einer kleineren Stadt, die unter solchen traurigen Umständen hausen, bedürfen der Ablenkung.

Das wollen wir also Herr Bürgermeister, das Sie alles tun, um die ungeheure Wohnungsnot zu beheben, aber auch die private Initiative nicht zu hemmen, die bemüht ist, durch die Schaffung kultureller Möglichkeiten der Allgemeinheit und der Bevölkerung im Interesse des Wiederaufbaues zu dienen.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 30 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.